

Sowjetische Wirtschaftsplanung für 1990:	
Inflationsbekämpfung ohne klare Konzeption	559
Schul- und Berufsbildung junger Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland	566

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 45/89

Berlin

9. November 1989

2. Ex.

56. Jahrgang

Sowjetische Wirtschaftsplanung für 1990: Inflationsbekämpfung ohne klare Konzeption

Am 25. September 1989 sind im Obersten Sowjet der UdSSR die Regierungsentwürfe für den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushalt 1990 eingebracht worden. Wichtigstes Ziel der Planungen ist es, mit „außerordentlichen Maßnahmen“, so der stellvertretende Ministerpräsident Woronin, die inflatorischen Tendenzen in den Griff zu bekommen und den Binnenmarkt zu stabilisieren. Das Haushaltsdefizit soll auf 60 Mrd. Rubel reduziert werden (Plan 1989: 120 Mrd.), vor allem durch eine Verminderung der staatlich finanzierten Investitionen und der Rüstungsausgaben sowie durch erhöhte Einnahmen aus der Umsatzsteuer auf Konsumgüter. Um den sich beschleunigenden Anstieg der Löhne und Gehälter zu bremsen, wird seit dem 1. Oktober 1989 eine progressive Steuer auf den Zuwachs der betrieblichen Lohnfonds erhoben. Zum Abbau des Nachfrageüberhangs auf den Konsumgütermärkten von 150 Mrd. Rubel soll auch die Rüstungsindustrie beitragen. Es ist vorgesehen, 400 Betriebe auf zivile Produktion umzustellen (Konversion). Man erhofft sich davon ein zusätzliches Konsumgüterangebot von 10 Mrd. Rubel. Trotz dieser Maßnahmen wird für 1990 keine Reduzierung des Geldüberhangs erwartet.

Krise der Staatsfinanzen

Die Bestände der Unternehmen und der privaten Haushalte an Bargeld und an liquiden Bankeinlagen haben sich in den letzten Jahren rapide erhöht. Dies hat vor allem die Schwarzmarktpreise in die Höhe getrieben. Aber auch die offiziellen Konsumgüterpreise wurden heraufgesetzt. Da durch diese Preissteigerungen das zusätzliche Geldangebot nur zum Teil „absorbiert“ wurde, ist in den letzten Jahren ein beträchtlicher Geldüberhang (Inflationspotential) entstanden — ein Phänomen, das oft als zurückgestaute Inflation bezeichnet wird.

Die Entstehung des beträchtlichen Inflationspotentials beruhte auf einer unsoliden Haushaltsführung des Staates. Das Staatsdefizit in Relation zum Bruttosozialprodukt stieg in den letzten Jahren sprunghaft, schätzungsweise von 2 vH im Jahre 1984 auf 13 vH im Jahre 1989; war die Relation damals nur halb so hoch wie in den Vereinigten Staaten, so ist sie derzeit viermal so groß¹.

Haushaltsdefizit in vH des Bruttosozialproduktes

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989*
UdSSR	2,9	2,3	3,1	2,2	2,0	2,7	6,5	8,0	9,1	13,0
USA	2,8	2,6	4,1	6,3	5,0	5,4	5,3	3,4	3,2	3,2

* Geschätzt.

Bei einer solchen Entwicklung kann inflatorischen Tendenzen nur begegnet werden, wenn — wie es in den USA der Fall war — inländische und ausländische Ersparnisse zur längerfristigen Finanzierung (z.B. Anleihen) des Staatsdefizits mobilisiert werden. In der UdSSR gelang dies nicht, da der Staat keine im Vergleich zur erwarteten

¹ Diese Berechnungen wurden in einer sowjetisch-amerikanischen Gemeinschaftsstudie durchgeführt. Beteiligt waren die Wirtschaftswissenschaftler G. Sotjew (Forschungsinstitut des Staatlichen Plankomitees) und E. Hewett (Brookings Institution). Vgl. Kommunist, Nr. 13/1989, S. 59.

Tabelle 1

Staatshaushalt der UdSSR 1985 bis 1988
in Mrd. Rubel

	1985	1986	1987 Ist	1988
Einnahmen insgesamt	390,6	419,5	435,5	469,0
darunter:				
Umsatzsteuer	97,7	91,5	94,4	101,0
Zahlungen staatlicher Betriebe und Organisationen aus Gewinnen	119,5	129,8	127,4	119,6
davon:				
Produktionsfondabgabe	38,1	40,8	41,7	39,5
Abgaben für Arbeitskräfte				4,9
Gewinnabführungen und sonstige Zahlungen	81,4	89,0	85,7	75,2
Einkommensteuer aus Genossenschaften, gesellschaftl. Unternehmen und Organisationen	2,5	2,6	2,8	2,8
Bei der Bevölkerung platzierte Staatsanleihen	1,4	1,9	1,9	2,0
Steuerzahlungen der Bevölkerung	30,0	31,2	32,5	35,9
Einnahmen der Sozialversicherung	25,4	26,5	28,1	30,1
Einnahmen aus dem Außenhandel	71,1	64,4	69,3	62,6
Haushaltsdefizit	18,0	47,9	57,1	90,1
Ausgaben insgesamt	386,5	417,1	430,9	459,5
darunter:				
Finanzierung der Volkswirtschaft	209,1	226,3	226,9	242,8
für soziale und kulturelle Maßnahmen	125,6	133,7	140,0	151,3
davon:				
Bildung und Wissenschaft	49,6	52,5	54,8	59,6
Gesundheitswesen und Körperkultur	17,6	18,0	19,4	21,9
Sozialleistungen	58,4	63,2	65,8	69,8
Außenwirtschaft	15,1	18,0	24,6	26,0
Verteidigung insgesamt				
darunter:				
Laufende Unterhaltskosten f. Armee u. Flotte	19,1	19,1	20,2	20,2
Verwaltung	3,0	3,0	2,9	3,0

Quelle: Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 18/1989.

Inflationsrate ausreichenden Zinsen bietet und zudem bei der einheimischen Bevölkerung nicht kreditwürdig ist. Außerdem kann die UdSSR kaum auf ausländische Ersparnisse (Kapitalimporte) zurückgreifen; anders als etwa die USA hat sie damit kaum die Möglichkeit, den inländischen Preisauftriebstendenzen durch zusätzliche Güterimporte zu begegnen. In der UdSSR wird deshalb das Staatsdefizit hauptsächlich mit der Hilfe der Staatsbank (Geldschöpfung) finanziert. Exakte Angaben über die Deckung der Haushaltslücken mit Krediten der Staatsbank in den Jahren 1985 bis 1988 sind erstmals im September 1989 gemacht worden²:

	1985	1986	1987	1988
In Mrd. Rubel	18,0	47,9	57,1	90,1
In vH der Staatsausgaben	4,7	11,5	13,3	19,6

Noch Ende März 1989 hatte der damalige Finanzminister Gostew das im Haushaltsplan vorgesehene Defizit mit 100 Mrd. Rubel angegeben. Jetzt hat sein Nachfolger Pawlow zugegeben, daß die Deckungslücke in Wirklich-

keit 120 Mrd. Rubel ausmache. Er rechnet aber auf Grund der seither ergriffenen Sanierungsmaßnahmen mit einem tatsächlichen Fehlbetrag von 92 bis 95 Mrd. Rubel³. Nicht zum Budgetdefizit gezählt wird in der Sowjetunion die Unterbringung von Staatsanleihen bei der Bevölkerung, die von 1,4 Mrd. Rubel 1985 auf 2 Mrd. 1988 stieg.

Ein wichtiger Faktor für die krisenhafte Entwicklung der sowjetischen Staatsfinanzen seit 1985 war die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Bedingungen. Wegen des Ölpreisverfalls nahmen die Haushaltseinnahmen aus außenwirtschaftlichen Aktivitäten von 1985 bis 1988 um 8,5 Mrd. Rubel ab, gleichzeitig wuchsen die Ausgaben für diese Zwecke (Finanzierung des Außenhandels, Entwicklungshilfe und Schuldendienst) um 11 Mrd. Rubel. Netto flossen dem Staatshaushalt aus der Außenwirtschaft 1985 56 Mrd. Rubel zu, 1988 36,6 Mrd. Rubel, im Plan 1989 sind es nur noch 31,4 Mrd. Rubel. Hinzu kamen die Auswirkungen der Antialkoholkampagne, de-

² Vgl. Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 18/1989, S. 6.

³ Vgl. Argumenty i fakty, Nr. 14/1989, S. 1; Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 44/1989, S. 6-7.

Tabelle 2

Geplante Staatsausgaben der UdSSR 1989 und 1990

	1989 Mrd. Rubel	1990	1989 in vH	1990
Ausgaben insgesamt	494,8	488,2	100,0	100,0
darunter:				
Finanzierung der Volkswirtschaft	199,4	187,4	40,3	38,4
darunter:				
Investitionsfinanzierung	70,3	40,5	14,2	8,3
Subventionen für Nahrungsmittel	87,8	95,7	17,7	19,6
Wissenschaft	7,5	11,0	1,5	2,3
Soziale und kulturelle Maßnahmen	143,4	158,8	29,0	32,5
davon:				
Volksbildung, Kultur und Kunst	46,9	48,9	9,5	10,0
Gesundheitswesen und Körperkultur	24,9	26,7	5,0	5,5
Sozialleistungen	71,6	83,2	14,5	17,0
Außenwirtschaft	31,4	26,0	6,3	5,3
darunter:				
Außenhandelsfinanzierung	10,8	7,4	2,2	1,5
Entwicklungshilfe	12,5	9,7	2,5	2,0
Schuldendienst für Auslandsverschuldung	5,3	6,2	1,1	1,3
Verteidigung	77,3	70,9	15,6	14,5
Verwaltung	2,8	2,9	0,6	0,6
Innere Sicherheit	8,6	8,8	1,7	1,8
Schuldendienst für Inlandsverschuldung	7,2	8,8	1,5	1,8
Reservefonds	3,7	4,1	0,7	0,8

Quelle: Ekonomiceskaja Gazeta, Nr. 40/1989.

retwegen das Umsatzsteueraufkommen 1986 um 11 Mrd. Rubel niedriger war als 1984. Trotz eines Anstiegs in den beiden folgenden Jahren konnte auch 1988 (101 Mrd. Rubel) das Niveau von 1984 (102,7 Mrd.) nicht erreicht werden. Ungünstig entwickelte sich von 1985 bis 1988 auch der Beitrag des Unternehmenssektors zum Staatshaushalts: Während die Abführungen der Staatsbetriebe stagnierten, nahmen die Transferzahlungen an die Wirtschaft um über 30 Mrd. Rubel zu.

Haushaltsplan für 1990

Der von der Regierung dem Obersten Sowjet vorgelegte Etatentwurf für 1990 ist vom Obersten Sowjet weitgehend genehmigt worden. Er sieht bei einem geplanten Ausgabenvolumen von 488 Mrd. Rubel (Plan 1989: 495 Mrd.) eine Reduzierung des Defizits auf 60 Mrd. Rubel vor. Besonders drastische Einschnitte sind bei den haushaltsfinanzierten Investitionen geplant, die von 75 Mrd. Rubel (Plan 1989) auf 53,1 Mrd. Rubel gesenkt werden. Dies geschieht ausschließlich auf Kosten der Investitionszuschüsse an den produzierenden Bereich, die auf 40,5 Mrd. Rubel veranschlagt sind, gegenüber 70,3 Mrd. im Plan 1989. Diese Planzahl wurde allerdings nachträglich um 7,5 Mrd. Rubel gekürzt. Nicht von den Einsparungen betroffen sind die Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen. Die Verteidigungsausgaben sind mit

70,9 Mrd. Rubel um 8,3 vH niedriger als im Plan 1989. Ausgabenkürzungen sind ferner bei der Finanzierung des Außenhandels (von 10,8 auf 7,4 Mrd.) und der Entwicklungshilfe (von 12,5 auf 9,7 Mrd.) beabsichtigt.

Der Etatentwurf sieht allerdings nicht überall Kürzungen vor. Für Sozialleistungen sollen 83,2 Mrd. Rubel zur Verfügung stehen, 16 vH mehr als im Plan 1989, u.a. wegen der Erhöhung der Mindestrenten. Um 7 vH steigen die Ausgaben für das Gesundheitswesen. Als bedenklich muß indes der Anstieg der Nahrungsmittelsubventionen um 9 vH auf fast 96 Mrd. Rubel bezeichnet werden, knapp 20 vH des Haushaltsvolumens. Angesichts der leeren staatlichen Läden und des blühenden Schwarzmarkts verfehlen sie ihren eigentlichen Zweck und wirken eher destabilisierend. Zunehmende Tendenz weisen auch die Haushaltspositionen über den Schuldendienst auf. Die Zahlungsverpflichtungen aus der Binnenverschuldung steigen um 22 vH auf 8,8 Mrd. Rubel, was angesichts der Staatsverschuldung von 400 Mrd. Rubel eine relativ geringe Summe ist. Grund hierfür ist die in der Regel zinslose Gewährung der Staatsbankkredite. Der Schuldendienst für die Auslandsverschuldung 1990 ist mit 6,2 Mrd. Rubel veranschlagt, 17 vH mehr als 1989.

Auf der Einnahmenseite soll vor allem die Erhöhung des Umsatzsteueraufkommens zur Sanierung des Haushalts beitragen. Hier ist ein Anstieg um 17 Mrd. Rubel (16 vH) geplant. Ein Drittel des Umsatzsteueraufkommens

stammt aus Steuern auf alkoholische Getränke. Trotz eines geplanten Anstiegs der Gewinne um 7,5 vH sollen sich die Abführungen der Unternehmen an den Staatshaushalt nicht verändern, damit die Ziele der Wirtschaftsreform nicht unterlaufen werden. Der Etatentwurf geht von einer weiteren Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Bedingungen aus, so daß für die Einnahmen aus der Außenwirtschaft nur 58 Mrd. Rubel erwartet werden (Plan 1989: 60 Mrd.). Die neu eingeführte Steuer auf den Zuwachs des Lohnfonds soll zu Einnahmen von 3 Mrd. Rubel führen. Reformiert wird die Besteuerung der persönlichen Einkommen. Wegen der Erhöhung der Steuerfreibeträge wird hier das Steueraufkommen sinken.

Anders als in den Vorjahren ist nicht geplant, zur Deckung des Haushaltsdefizits von 60 Mrd. Rubel zinslose Staatsbankkredite heranzuziehen. Statt dessen ist an die Emission einer Staatsanleihe gedacht, die bei den Staatsbetrieben, Genossenschaften, Banken und Versicherungen untergebracht werden soll. Der nominale Zinssatz beträgt 5 vH, die Laufzeit 16 Jahre. Mit der Tilgung soll 1996 begonnen werden. Außerdem gibt es Pläne, eine Anleihe in Höhe von 15 Mrd. Rubel in Form von Schatzan-

weisungen zu emittieren, die an die Bevölkerung verkauft werden sollen. Als vertrauensbildende Maßnahme wird mit der Rückzahlung nicht getilgter Anleihen aus den fünfziger Jahren begonnen.

In seiner Begründung des Staatshaushaltsplans spricht sich Finanzminister Pawlow nachdrücklich für die Entwicklung eines Finanzmarktes aus. Der Handel von Aktien und Obligationen zwischen den Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Banken soll schrittweise die administrative Umverteilung finanzieller Mittel ersetzen. Ein Gesetz über Aktiengesellschaften wird vorbereitet.

Das Problem des monetären Ungleichgewichts

In der UdSSR sind offizielle Statistiken über die Geldmenge bis jetzt nicht veröffentlicht worden. Sowjetische Wissenschaftler haben jedoch Indikatoren der Geldmengenentwicklung von 1962 bis 1987 berechnet und mit der Entwicklung anderer volkswirtschaftlicher Kennziffern verglichen. Die Berechnungen machen offensichtlich, daß der Geldmengenzuwachs schon lange Zeit den Produktionsanstieg übertrifft⁴:

Tabelle 3

Zuwachs der Geldmenge und wichtiger Wirtschaftskennziffern 1962 bis 1987
Jahresdurchschnittliche Zunahme in vH

	1962-1970	1971-1980	1981-1987	1986	1987
Indikatoren der Geldmengenentwicklung					
M ₀ (Bargeldbestände der Bevölkerung)	14,7	8,5	6,2	10	10
M ₁ (M ₀ plus laufende Konten der Unternehmen und Organisationen außer Banken)	15,1	8,4	10,2	23	18
M ₂ (M ₁ plus Spareinlagen der privaten Haushalte ohne Kündigungsfrist)	15,1	9,9	8,5	15	13
M ₃ (M ₂ plus Spareinlagen der privaten Haushalte mit Kündigungsfrist)	15,3	10,9	9,0	14	12
nachrichtlich:					
M ₄ (M ₃ plus Wertpapierbestände der privaten Haushalte)	15,5	11,0	9,0	14	12,5
Spareinlagen privater Haushalte	17,6	14,4	8,2	10	9,9
Einzelhandelsumsatz	7,2	5,6	3,0	2,4	2,8
Produziertes Nationaleinkommen	7,3	5,6	3,5	4,1	2,3

Bei den angeführten Indikatoren über die Geldmenge M₀ bis M₄ ist die Kassenhaltung der Unternehmen wegen unvollständiger Daten nicht berücksichtigt. 1986 und 1987 hat sich ihr Anstieg beschleunigt.

1988 wurde doppelt soviel Bargeld emittiert wie 1987 und viermal so viel wie im Jahresdurchschnitt 1981 bis 1985⁵. Für 1989 wird mit einer Bargeldemission von 18 Mrd. Rubel gerechnet, 50 vH mehr als im Vorjahr⁶. Aus diesen Angaben läßt sich der Geldmengenzuwachs

errechnen. Er lag 1981 bis 1985 bei durchschnittlich 3 Mrd., 1987 bei 6 Mrd. und 1988 bei 12 Mrd. Rubel. Gleichzeitig sanken die Warenbestände im Einzelhandel (in den Jahren 1986 bis 1988 um insgesamt 15 vH)⁷. Die unfreiwilligen Ersparnisse der Bevölkerung werden offi-

⁴ Vgl. Den'gi i kredit, Nr. 9/1989, S. 32.

⁵ Vgl. Planovoe chozjajstvo, Nr. 7/1989, S. 30.

⁶ Vgl. Ekonomiceskaja gazeta, Nr. 40/1989, S. 10.

⁷ Vgl. Planovoe chozjajstvo, Nr. 10/1989, S. 84.

ziell auf mindestens 120 bis 150 Mrd. Rubel geschätzt⁸. Bei Produktionsmitteln ist ein Nachfrageüberhang in gleicher Größenordnung entstanden. Nach Berechnungen des Forschungsinstituts des Finanzministeriums entwickelte er sich seit 1970 wie folgt⁹:

	1970	1975	1980	1985	1986	1987	1988
in Mrd. Rubel	5	22	50	70	115	135	150

Perspektiven für eine Stabilisierung

Bei der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1990 richten sich die Planer an zwei eng miteinander verknüpften Zielen aus. Die Inflation soll bekämpft und der Binnenmarkt stabilisiert werden, zugleich wird eine Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung auf eine bessere Befriedigung der materiellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung angestrebt. Dies gibt dem Planentwurf für 1990 ein spezifisches Profil, das ihn von früheren Plänen deutlich unterscheidet.

Ein zentrales Anliegen der Planer ist es, den Markt durch eine spürbare Steigerung des Angebots zu stabilisieren. Während die Produktion von Investitionsgütern nur um 0,5 vH wachsen soll, ist bei den Konsumgütern ein Zuwachs von knapp 7 vH vorgesehen. Insbesondere die Erzeugung langlebiger Konsumgüter soll stark steigen. Für den Einzelhandelsumsatz ist eine Zunahme von 10 vH geplant, für Dienstleistungen ein Zuwachs von 11 vH.

Eine Schlüsselrolle spielt in diesen Planungen die Rüstungsindustrie. Die Betriebe der zum „Verteidigungskomplex“ gehörenden Ministerien produzieren jetzt in erheblichem Umfang vor allem technische Konsumgüter, z.B. Unterhaltungselektronik oder Kühlschränke. Außerdem gehört der Maschinenbau für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie seit März 1988 zum Verantwortungsbereich der Ministerien der Rüstungsindustrie. Für 1990 ist ein Anstieg der nichtmilitärischen Produktion des „Verteidigungskomplexes“ um 21,4 vH bei gleichzeitiger Kürzung der Herstellung von militärischer Ausrüstung um 7 vH geplant. Der Anteil der Zivilproduktion in der Rüstungsindustrie soll von 41 vH im Jahre 1989 auf 49,2 vH steigen und 1995 60 vH erreichen. Es ist vorgesehen, 400 Rüstungsbetriebe im kommenden Jahr auf zivile Produktion umzustellen. Der Kapitalaufwand für die Konversion ist mit 5 Mrd. Rubel veranschlagt, der durch sie bewirkte Zuwachs der Konsumgüterproduktion mit 10 Mrd. Rubel. Die Konversion ist freilich nicht unumstritten. Argumentiert wird, daß High-Tech-Betriebe durch die „Umprofilierung“ den Anschluß an das Weltmarktniveau verlieren. Anstatt z.B. Flugzeugfabriken zu zwingen, Kühlschränke herzustellen, sei es sinnvoller, Flugzeuge oder Hubschrauber für die zivile Nutzung zu exportieren und mit den erwirtschafteten Devisen Konsumgüter zu impor-

tieren¹⁰. Es muß allerdings bezweifelt werden, ob die Sowjetunion in der Lage ist, tatsächlich kurzfristig weltmarktfähige Zivilflugzeuge herzustellen. Nur dann wäre angesichts der akuten Versorgungskrise die vorgeschlagene Strategie eine echte Alternative.

Die für 1990 geplanten Investitionen im Staatssektor sind um 3,5 vH niedriger als im Plan 1989, was auf die Kürzungen bei den Budgetzuweisungen um 22 Mrd. Rubel zurückzuführen ist. Sie werden nur teilweise durch die Erhöhung der Eigenbeteiligung der Betriebe und der Kreditfinanzierung (zusammen +15 Mrd. Rubel) kompensiert. Die Investitionen in den „agrarinindustriellen Komplex“ sollen allerdings um 10 bis 11 vH steigen. Priorität genießen auch die Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen, vor allem im Wohnungsbau und dem Bau von Sozialeinrichtungen, wo der Plan 58,4 Mrd. Rubel vorsieht. Dies sind 29 vH des Investitionsvolumens gegenüber 23,6 vH laut Fünfjahrplan¹¹.

Trotz des geplanten Anstiegs des Konsumgüterangebots um 40 Mrd. Rubel und der restriktiven Investitionspolitik erwartet die Regierung keine Verminderung des inflationären Geldüberhangs. Vielmehr wird ein Zuwachs der Geldeinkommen der privaten Haushalte von mindestens 9 vH angenommen. Es wird mit einer Ausweitung des Bargeldumlaufs von 10 Mrd. Rubel gerechnet, was zu scharfer Kritik von Abgeordneten des Obersten Sowjets geführt hat¹².

Neue Reformgesetze

Am 2. Oktober 1989 hat Ministerpräsident Ryschkow vor dem Obersten Sowjet die Regierungsentwürfe für fünf neue Reformgesetze erläutert, und zwar die Gesetze über das Eigentum, den Boden und das sozialistische Unternehmen, eine einheitliche Steuergesetzgebung und ein Gesetz über die Pacht. Einige Veränderungen im Genossenschaftsgesetz wurden vom Stellvertretenden Ministerpräsident Abalkin begründet¹³.

Mit dem Gesetz über das Eigentum wird der Versuch unternommen, eine übergreifende, alle Eigentumsformen umfassende Eigentumsverfassung zu schaffen. Dem Entwurf liegt die Auffassung zugrunde, daß eine Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz nur auf der Basis der „Entstaatlichung“ der Wirtschaft und der Existenz vielfältiger Eigentumsformen möglich ist. Neu ist, daß Aktiengesellschaften dem gesellschaftlichen Eigentum zugerechnet werden. Beim Staatseigentum wird eine Dezentralisie-

⁸ Vgl. Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 18/1989, S. 5.

⁹ Vgl. Maŕial'no-techničeskoe snabženie, Nr. 8/1989, S. 18.

¹⁰ Vgl. Izvestija vom 29. September 1989; Socialističeskaja industrija vom 7. Oktober 1989.

¹¹ Vgl. Ekonomičeskaja gazeta, Nr. 40/1989, S. 5ff.

¹² Vgl. ebenda, S. 5 f. sowie Izvestija vom 13. Oktober 1989.

¹³ Vgl. Ekonomičeskaja gazeta, Nr. 41/1989, S. 4 ff.

zung zugunsten der Unionsrepubliken und der nachgeordneten Gebietskörperschaften angestrebt, deren Ausmaß aber umstritten ist. Privateigentum an Produktionsmitteln soll zulässig sein, Arbeitsverträge mit abhängig Beschäftigten sind nicht vorgesehen.

Mit dem Entwurf des Gesetzes über das sozialistische Unternehmen will die Regierung die Reformentwicklung seit der Verabschiedung des Gesetzes über das Staatsunternehmen im Jahre 1987 berücksichtigen, insbesondere das Entstehen neuer Unternehmensformen (Pachtbetriebe, Aktiengesellschaften, von den Ministerien unabhängige „Konzerne“). Das Gesetz betrifft nicht nur die verschiedenen Formen von Staatsbetrieben, sondern auch Genossenschaften, Unternehmen gesellschaftlicher Organisationen und Gemeinschaftsbetriebe.

Für die Staatsbetriebe sollen die bisherigen Vorgaben über die Verwendung ihrer Finanzmittel entfallen. Statt dessen will man durch das Besteuerungssystem eine Verwendung der Gewinne für Investitionen begünstigen. Das Verfahren bei der Wahl der Direktoren wird umgedreht. Sie werden vom übergeordneten Organ vorgeschlagen und müssen von der Belegschaftsversammlung bestätigt werden.

Die vorgesehene Umgestaltung des Steuersystems bedeutet eine Annäherung an westliche Vorstellungen. Bis jetzt wurde der an das Staatsbudget abzuführende Gewinn für jedes einzelne Unternehmen festgelegt, was in der Praxis zu einer willkürlichen Ressourcenverteilung durch die Branchenministerien führte. Dieses System wird durch eine einheitliche Besteuerung der Unternehmensgewinne ersetzt. Nach dem Regierungsentwurf müssen 35 vH der Gewinne an den zentralen Haushalt abgeführt werden. Eine darüber hinausgehende Besteuerung durch die Unionsrepubliken ist zulässig. Insgesamt dürfen die Gewinnabführungen eine Belastung von 60 vH aber nicht überschreiten. Wegen der Freibeträge für reinvestierte Gewinne wird erwartet, daß die Steuerbelastung in der Regel 50 vH nicht übersteigt.

Durch die Veränderungen im Genossenschaftsgesetz werden die Rechte der örtlichen Sowjets gestärkt. Diese können Preisobergrenzen für die von den Kooperativen angebotenen Konsumgüter und Dienstleistungen festlegen. Der Weiterverkauf von im Einzelhandel erworbenen Waren wird den Genossenschaften verboten, bei Verstößen kann ihnen die weitere Ausübung ihrer Tätigkeit untersagt werden. Die Kontrolle über die Finanzen der Kooperativen wird verstärkt¹⁴.

Ausblick

Die sowjetische Wirtschaftspolitik ist angesichts der Wirtschaftskrise auf die Zustimmung der Bevölkerung angewiesen; daraus resultieren ihre Widersprüche und Inkonsistenzen. Einerseits wird der Kurs auf marktwirtschaftliche Reformen fortgesetzt, wie die neuen Geset-

zesvorhaben, die Ausweitung der Verpachtung und das Entstehen eines von den Branchenministerien unabhängigen Unternehmenssektor zeigen. Andererseits fehlt es an Maßnahmen, mit denen die Voraussetzungen für einen Erfolg dieser Reformen geschaffen werden können. Aufgrund des Nachfrageüberhangs verliert das Geld seine Funktion als allgemein anerkanntes Tauschmittel; die Preise spiegeln weder Knappheiten noch Kosten wider, der freie Handel mit Produktionsmitteln kommt nicht voran, die Versorgungslage wird immer prekärer.

Angesichts der tiefgehenden Krise muß das von der Regierung für 1990 vorgesehene Konzept der Inflationsbekämpfung als unzureichend bezeichnet werden. Einige Maßnahmen wie die Reduzierung der Rüstungsausgaben und der haushaltsfinanzierten Investitionen in der Schwerindustrie oder die Besteuerung des Lohnfondszuwachses werden sicherlich stabilisierend wirken. Die Änderung des Genossenschaftsgesetzes ist demgegenüber nur ein administratives Herumkurieren an den Symptomen der zurückgestauten Inflation, das nicht geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung zur Reformpolitik zu festigen. Faktisch wird auf diese Weise lediglich die Schattenwirtschaft zunehmen. Insgesamt reichen die für 1990 von der Regierung geplanten „außerordentlichen Maßnahmen“ nicht aus, einen Abbau des inflationären Geldüberhangs zu erreichen.

Ein Gesamtkonzept für die schrittweise Sanierung der Wirtschaft und die Weiterführung der Wirtschaftsreformen ist vom 30. Oktober bis 1. November 1989 auf einer gemeinsamen Sitzung der Kommission des Ministerrats für die Wirtschaftsreform, der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Volkswirtschaft beim Ministerrat erörtert worden. Die Diskussionsvorlage sieht eine Reihe einschneidender Maßnahmen vor. Bis Ende 1990 sollen alle verlustbringenden Betriebe verpachtet oder in Genossenschaften oder Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Die Preisreform soll eingeleitet werden. Es wird vorgeschlagen, die Einzelhandelspreise für Luxusgüter, die meisten Importwaren, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und Delikatessen freizugeben. Die übrigen Nahrungsmittelpreise sollen stärker nach Qualität differenziert werden. Allerdings ist zum Ausgleich für den Anstieg der Lebenshaltungskosten auch eine Indexierung der Einkommen vorgesehen. Diese Maßnahme ist jedoch inflationstreibend und allenfalls kurzfristig vertretbar.

Kaufkraft soll durch die Erhöhung der Zinsen für Sparanlagen mit längerer Laufzeit, ferner den Verkauf von Anleihen, mit deren Erwerb ein garantierter Anspruch auf den Kauf von langlebigen Konsumgütern und Wohnungen verbunden ist, sowie den Verkauf eines Teils der staatlichen Wohnungen abgeschöpft werden. Trotz eines erhofften Abbaus des Nachfrageüberhangs schon 1990 wird erst für 1991 und 1992 die eigentliche Wende zum Besseren erwartet. In diesen entscheidenden Jahren der

¹⁴ Vgl. Sovetskaja Rossija vom 21. Oktober 1989.

„Übergangsperiode“ sollen die 1990 eingeleiteten Maßnahmen ergänzt und verschärft werden, u.a. durch die Reform des Steuer- und Kreditsystems. Es wird angestrebt, den Stabilisierungsprozeß bis 1995 abzuschließen. Erst danach könne das Reformkonzept umfassend verwirklicht werden¹⁵.

Ob dieses Konzept durchsetzbar ist, muß bezweifelt werden. Der Mut zu unpopulären Maßnahmen ist offen-

sichtlich angesichts der sozialen Spannungen gering. Dies zeigt die Ablehnung der von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung der Preise für Tabak, Bier und einige Delikatessen durch den Obersten Sowjet. Solange aber selbst Preiserhöhungen bei nicht lebensnotwendigen Gütern politisch blockiert werden, ist ein Ausweg aus der Krise nicht in Sicht.

¹⁵ Vgl. *Ekonomiceskaja gazeta*, Nr. 43/1989, S. 4-7.

Schul- und Berufsbildung junger Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Bildungsbeteiligung, Schulbesuch und Abschlüsse

In der Bundesrepublik Deutschland wohnten Ende 1987 rund 4,3 Millionen Ausländer, darunter eine Million im Alter von 6 bis unter 20 Jahren. Während die Gesamtzahl der Ausländer gegenüber 1973 — Anfang 1974 traten Anwerbebeschränkungen in Kraft — nur um 8 vH zugenommen hat, stieg die Zahl der jüngeren Ausländer um fast 50 vH. Die Entwicklung war bei deutschen und bei ausländischen Kindern und Jugendlichen gegenläufig. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe nahm von 5 auf 11 vH zu.

Diese Zunahme hatte erhebliche Auswirkungen auf die Schulen. Mit 835 000 ausländischen Schülern an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹ war der Schülerbestand 1987 deutlich höher als in den siebziger Jahren, doch lag das bisherige Maximum im Jahre 1982 (846 000). Infolge einer verstärkten Rückwanderung ausländischer Familien hatte die Schülerzahl zwischenzeitlich abgenommen. Seit Mitte der achtziger Jahre steigt sie jedoch wieder: vornehmlich aus demographischen Gründen, aber auch infolge einer erhöhten Bildungsbeteiligung; von 1985 bis 1987 um fast 60 000. Der große Anteil ausländischer Mitbürger wirft viele Fragen über ihre Integration auf, eine wichtige davon betrifft den Schulbesuch, der hier betrachtet wird.

Untersucht wird im einzelnen, wie groß bei den ausländischen Schülern die Bildungsbeteiligung war², an welchen Schularten ausländische Kinder und Jugendliche eingeschult waren, mit welchen Abschlüssen sie die Schulen verließen und welche Unterschiede hinsichtlich der genannten Sachverhalte zwischen ausländischen und deutschen Schülern bestanden. Ausgewertet werden die Bildungsstatistiken, die allerdings über ausländische Schüler weniger umfassend informieren als über deutsche³.

Bildungsbeteiligung

Von den 835 000 ausländischen Schülern im Jahre 1987 waren 600 000 im Alter von 6 bis unter 15 Jahren, also in einem Alter, in dem die allgemeinbildenden Schulen besucht werden. Die Bildungsbeteiligung in dieser Altersgruppe lag bei 95 vH und damit erstmals auf demselben Niveau wie bei den gleichaltrigen Deutschen⁴. 1973 betrug hier die Bildungsbeteiligung erst 68 vH (Tabelle 1).

Mit 200 000 war im Jahre 1987 rund ein Viertel der ausländischen Schüler im Alter von 15 bis unter 20 Jahren. Die Bildungsbeteiligung dieser Jugendlichen erreichte 52 vH gegenüber 20 vH im Jahre 1973. Im Vergleich dazu war die Bildungsbeteiligung bei den deutschen Jugendlichen dieser Altersgruppe beträchtlich höher (85 vH). Der Rückstand war an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen etwa gleich groß. Ausländer holten vor allem an den allgemeinbildenden Schulen auf. Hier betrug 1973 die Bildungsbeteiligung erst 4 vH gegenüber 28 vH bei den deutschen Jugendlichen.

Insgesamt waren 1987 fast vier Fünftel der ausländischen Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 20 Jahren an den allgemeinbildenden und beruflichen

Schulen eingeschult. Bei der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung waren es mit neun Zehnteln deutlich mehr. Obwohl die Differenz der Bildungsbeteiligung beider Bevölkerungsgruppen ständig abnahm, betrug sie 1987 noch 12 vH-Punkte. Die Übereinstimmung bei den Jüngeren ist auf die Schulpflicht zurückzuführen. Um den Unterschied bei den Älteren auszugleichen, muß dagegen die Entscheidung ausländischer Jugendlicher und ihrer Eltern für den Besuch weiterführender Schulen oder beruflicher Ausbildungsgänge noch erheblich gefördert werden.

Allgemeinbildende Schulen

1987 besuchten knapp 700 000 ausländische Schüler die allgemeinbildenden Schulen, 1970 lag die Zahl erst

¹ Ohne Schüler in den Schulkindergärten und in den Vorklassen.

² Die Bildungsbeteiligung stellt den an der gleichaltrigen Bevölkerung gemessenen Schulbesuch dar.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen, Reihe 1; Berufliche Schulen, Reihe 2 und Berufliche Bildung, Reihe 3; Fachserie 11, lfd. Jahrgänge; ferner Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1988/89, Bonn 1988; Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1980 bis 1987. Dokumentation Nr. 107, Bonn 1989. So liegen keine Angaben für die ausländischen Schüler nach Schulstufen, sondern nur nach Schularten vor. Die Statistik der Schulabschlüsse ist im Bereich der beruflichen Schulen unvollständig. Für ausländische Auszubildende gibt es keine Abschlußstatistik und nur Informationen über einen Teil der Ausbildungsberufe. Ferner fehlen Angaben über das Alter der ausländischen Schüler. Die Altersstruktur wurde deshalb geschätzt.

⁴ Diese Quote von 95 vH ist als Orientierungswert zu interpretieren, die in den Bezugsgrößen — Bevölkerungs- und Schülerzahl — Unschärfen enthält.

Tabelle 1

**Deutsche und ausländische Schüler nach Altersgruppen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen,
Bevölkerung und Bildungsbeteiligung der Schüler im Alter von 6 bis unter 20 Jahren
in 1000 Personen und in vH**

im Alter von ... bis ... unter Jahren ¹⁾	1973			1980			1987		
	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt
Schüler	in 1000 Personen								
6 - 15 Jahre	8 307	297	8 604	6 499	599	7 098	4 471	598	5 069
Allgemeinbildende Schulen	8 245	294	8 539	6 499	599	7 098	4 471	598	5 069
Berufliche Schulen	62	3	65	—	—	—	—	—	—
15 - 20 Jahre	3 066	51	3 117	4 137	115	4 252	3 214	202	3 416
Allgemeinbildende Schulen	1 158	11	1 169	1 941	35	1 976	1 497	93	1 590
Berufliche Schulen	1 908	40	1 948	2 196	80	2 276	1 717	109	1 826
20 Jahre und älter	244	19	263	415	23	438	810	35	845
Allgemeinbildende Schulen	30	1	31	40	1	41	49	4	53
Berufliche Schulen	214	18	232	375	22	397	761	31	792
Alle Schüler	11 617	367	11 984	11 051	737	11 788	8 495	835	9 330
Allgemeinbildende Schulen	9 433	306	9 739	8 480	635	9 115	6 017	695	6 712
Berufliche Schulen	2 184	61	2 245	2 571	102	2 673	2 478	140	2 618
Bevölkerung									
6 - 15 Jahre	8 606	431	9 037	6 695	766	7 461	4 707	629	5 336
15 - 20 Jahre	4 105	255	4 360	4 957	318	5 275	3 799	390	4 189
6 - 20 Jahre	12 711	686	13 397	11 652	1 084	12 736	8 506	1 019	9 525
Bildungsbeteiligung	in vH								
6 - 15 Jahre	96,5	68,9	95,2	97,0	78,2	95,1	95,0	95,1	95,0
Allgemeinbildende Schulen	95,8	68,2	94,5	97,0	78,2	95,1	95,0	95,1	95,0
Berufliche Schulen	0,7	0,7	0,7	—	—	—	—	—	—
15 - 20 Jahre	74,7	20,0	71,5	83,5	36,2	80,6	84,6	51,8	81,5
Allgemeinbildende Schulen	28,2	4,3	26,8	39,2	11,0	37,5	39,4	23,8	38,0
Berufliche Schulen	46,5	15,7	44,7	44,3	25,2	43,1	45,2	27,9	43,6
6 - 20 Jahre	89,5	50,7	87,5	91,3	65,9	89,1	90,3	78,5	89,1
Allgemeinbildende Schulen	74,0	44,5	72,5	72,4	58,5	71,2	70,2	67,8	69,9
Berufliche Schulen	15,5	6,3	15,0	18,8	7,4	17,9	20,2	10,7	19,2
¹⁾ Schüler und Bevölkerung am Jahresende. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und eigene Berechnungen.									

bei 160 000. Der Ausländeranteil ist seit Beginn der siebziger Jahre von 2 vH auf 10 vH gestiegen. Demographisch bedingt wurde 1982 ein Maximum von 721 000 ausländischen Schülern erreicht. Bei den deutschen Schülern führte der Geburtenrückgang schon Mitte der siebziger Jahre zu rückläufigen Gesamtzahlen.

Von den ausländischen Schülern besuchten 1987 sieben Zehntel die Grund- und Hauptschulen und 6 vH die Sonderschulen. An den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen befanden sich 22 vH der Schüler, darunter jeweils rund zwei Fünftel an den Gymnasien und Realschulen. Obwohl im Zeitraum von 1970 bis 1987 auch die ausländischen Schüler zunehmend auf die Real- und

Gesamtschulen überwechselten, war das Übergangsverhalten recht unterschiedlich. Dies wird am Schüleranteil, der auf die Gymnasien entfällt, besonders deutlich. Er erreichte bei deutschen Schülern rund 25 vH, bei ausländischen nur 9 vH (Tabelle 2).

Bei den deutschen Schülern flachte der Trend zu den weiterführenden Schulen in den achtziger Jahren — anders als bei den ausländischen — ab. Die meisten jungen Ausländer sind inzwischen in der Bundesrepublik geboren worden oder zumindest aufgewachsen. Sie besuchten von Anfang an hier die Schulen und haben damit bessere Chancen für eine weiterführende Ausbildung als ihre Vorgänger. An diesen Schulen befanden sich 1980

Tabelle 2

Deutsche und ausländische Schüler nach Schularten
in 1000 Personen und in vH

	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	1970	1980	1987	1970	1980	1987	1970	1980	1987
	in 1000 Personen								
Allgemeinbildende Schulen	8 927,8	9 115,3	6 711,8	8 768,7	8 480,2	6 017,0	159,1	635,1	694,8
Berufliche Schulen	2074,3	2673,1	2618,0	2047,7	2570,6	2477,7	26,6	102,5	140,3
Alle Schüler	11 002,1	11 788,4	9 329,8	10 816,4	11 050,8	8 494,7	185,7	737,6	835,1
	in vH								
	Ausländeranteil			Struktur					
Allgemeinbildende Schulen	1,8	7,0	10,4	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon									
Grund- und Hauptschulen ¹⁾	2,2	10,4	13,5	70,8	53,3	52,6	86,5	82,9	71,3
Sonderschulen	1,2	7,8	16,1	3,6	3,9	3,5	2,5	4,4	5,9
Realschulen	0,6	2,1	6,5	9,8	15,6	14,2	3,0	4,6	8,6
Gesamtschulen	—	4,8	12,7	—	2,5	3,5	—	1,7	4,5
Gymnasien	0,9	1,9	4,0	15,6	24,5	25,5	7,9	6,3	9,2
Abendschulen und Kollegs	1,3	4,6	7,7	0,2	0,3	0,6	0,1	0,2	0,5
Berufliche Schulen	1,3	3,8	5,4	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon									
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	—	11,5	12,8	—	4,2	4,0	—	13,8	10,3
Berufsschulen	1,3	3,8	5,1	77,1	69,2	67,9	78,2	67,9	64,6
Berufsfachschulen	0,9	3,3	6,9	8,8	12,3	11,3	6,4	10,4	14,9
Kollegschulen ²⁾	—	3,0	6,2	—	1,4	2,6	—	1,1	3,0
Berufsob- u. Fachoberschulen ³⁾	0,9	1,9	3,8	4,8	6,1	6,0	3,4	3,0	4,2
Fachschulen	1,5	2,6	1,7	6,3	3,2	3,9	7,5	2,1	1,2
Schulen des Gesundheitswesens	2,0	1,8	2,4	2,9	3,7	4,3	4,5	1,7	1,8

¹⁾ Einschließlich schulartunabhängige Orientierungsstufen. — ²⁾ Einschließlich Fach- und Berufsakademien. — ³⁾ Einschließlich Fachgymnasien, technische Oberschulen und Berufsaufbauschulen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und eigene Berechnungen.

25 vH der ausländischen Schüler, 1987 37 vH; bei den deutschen Schülern stieg der Anteil von 60 auf 65 vH und kam damit einer „Sättigungsgrenze“ nahe.

Mit 16 vH wiesen die Sonderschulen den größten Anteil ausländischer Schüler auf, die oft in diese Schulen kamen, weil sie sprachlich beim Lernen benachteiligt gewesen waren. Auch an den Grund- und Hauptschulen war der Ausländeranteil mit 13 vH überdurchschnittlich, während er an den Realschulen mit 6 vH und an den Gymnasien mit 4 vH beträchtlich unter dem Durchschnitt lag. Von den Schularten, an denen weiterführende Abschlüsse erreicht werden können, hatten nur die Gesamtschulen, bei denen der Integrationsprozeß offenbar vergleichsweise rasch verläuft, und die quantitativ weniger

bedeutenden Abendschulen und Kollegs überdurchschnittlich hohe Ausländeranteile.

Bei den Schulabschlüssen verbesserten ausländische Schüler ebenfalls ihre Position, allerdings ohne die deutschen Schulabsolventen einzuholen. Von den insgesamt 60 000 ausländischen Schülern verließen, einschließlich der Schüler aus den Sonderschulen für Lernbehinderte, noch 23 vH die Schulen ohne Hauptschulabschluß. Dieser Anteil ist zwar seit 1983⁵ um 10 vH-Punkte

⁵ Erst von 1983 an liegen Statistiken der Schulabschlüsse ausländischer Schüler vor. Vgl. beispielsweise Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): a.a.O., S. 183 ff.

Tabelle 3

**Abschlüsse allgemeinbildender Schulen 1987
von deutschen und ausländischen Schülern
in 1000 Personen und in vH**

Abschlußart	in 1000 Personen		in vH
	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
Mit Abschluß	731,9	46,0	5,9
davon			
Hauptschulabschluß	235,6	29,0	11,0
Mittlerer Abschluß	291,9	13,3	4,4
Hochschulreife	204,4	3,7	1,8
Ohne Hauptschulabschluß¹⁾	45,3	14,0	23,6
Insgesamt	777,2	60,0	7,2

¹⁾ Einschließlich Schulentlassene aus der Sonderschule für Lernbehinderte.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Kultusministerkonferenz und eigene Berechnungen.

gefallen, dennoch war er viermal so hoch wie bei den deutschen Schulentlassenen.

Rund 46 000 ausländische Jugendliche schlossen 1987 die allgemeinbildenden Schulen erfolgreich ab, davon 29 000 mit Hauptschulabschluß, 13 300 mit einem mittleren Abschluß und 3 700 mit der Hochschulreife (Tabelle 3). In den achtziger Jahren stieg die Zahl ausländischer Schulabsolventen mit Abschlußzeugnis insgesamt um 28 vH; beim mittleren Abschluß und der Hochschulreife betrug der Anstieg sogar fast 60 vH. Dennoch blieben erhebliche Unterschiede: Während von den deutschen Schulentlassenen nur 30 vH mit einem Hauptschulabschluß die Schulen verließen, aber 38 vH einen mittleren Abschluß und 26 vH die Hochschulreife erlangten, erreichten von den ausländischen 48 vH den Hauptschulabschluß, aber nur 22 vH einen mittleren Abschluß und sogar nur 6 vH die Hochschulreife.

Berufliche Schulen

Rund 140 000 ausländische Schüler befanden sich 1987 in einer beruflichen, berufsvorbereitenden oder berufsorientierten Ausbildung an den beruflichen Schulen. Der Ausländeranteil betrug 5 vH und war damit halb so groß wie an den allgemeinbildenden Schulen. Die Zahl der ausländischen Schüler stieg bis 1982 (125 000), nahm dann vorübergehend ab und übertraf von 1986 an das frühere Maximum.

Zwei Drittel der ausländischen Schüler besuchten 1987 die Berufsschulen, 15 vH die Berufsfachschulen und 6 vH die Kolleg- und Fachschulen sowie die Schulen des Gesundheitswesens. Insgesamt waren 86 vH der ausländi-

schen Schüler an Schulen, an denen eine Berufsausbildung allein oder in Kooperation mit Betrieben angeboten wird. Ein Zehntel der Schüler bereitete sich in den Einrichtungen des Berufsvorbereitungs- oder Berufsgrundbildungsjahres auf eine berufliche Ausbildung vor, und 4 vH waren an den Berufsober-, Fachober-, Berufsaufbau- und technischen Oberschulen sowie den Fachgymnasien, um neben einer berufsorientierten Ausbildung schulische Abschlüsse zu erreichen, die den Abschlüssen allgemeinbildender Schulen gleichwertig sind.

An den berufsvorbereitenden Einrichtungen war der Ausländeranteil am größten (13 vH). Berufsfach- und Kollegschen hatten überdurchschnittliche Anteile, während er an den Berufsschulen, die von den meisten deutschen und ausländischen Schülern besucht werden, etwa beim Durchschnitt der Ausländerbeteiligung an allen beruflichen Schulen lag. Bei den übrigen Schularten war die Quote unterdurchschnittlich, mit 1,7 vH an den Fachschulen am kleinsten.

Die Berufsausbildung im dualen System, die eine betriebliche Ausbildung mit begleitendem Teilzeitunterricht umfaßt, dominiert immer noch mit Abstand bei den Schülern beruflicher Schulen. Von den deutschen Schülern waren 1987 rund zwei Drittel Auszubildende, von den ausländischen knapp die Hälfte. Seit Anfang der achtziger Jahre verdoppelte sich zwar die Zahl ausländischer Lehrlinge auf 64 000, ihr Anteil an den insgesamt 1,7 Millionen Lehrlingen blieb aber mit 3,7 vH klein.

Der niedrige Anteil ist auf das in der Vergangenheit unzureichende Angebot an Ausbildungsplätzen für ausländische Jugendliche zurückzuführen⁶. 1987 hatten von den deutschen Schülern der Berufs- und Kollegschen fast alle einen Ausbildungsvertrag, von den ausländischen dagegen nur zwei Drittel. Unter den insgesamt fast 70 000 Berufsschülern, die arbeitslos oder ohne Ausbildungsvertrag einer Erwerbstätigkeit nachgingen⁷, befanden sich überdurchschnittlich viele ausländische Jugendliche. Ein Teil der erfolglosen ausländischen Bewerber um eine Lehrstelle fand einen Ausbildungsplatz in dem Benachteiligtenprogramm der Bundesanstalt für Arbeit⁸. Insgesamt war, bezogen auf die jeweilige Gruppe der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren, der Anteil der Auszubildenden bei den deutschen Jugendlichen mit 44 vH beträchtlich höher als bei den ausländischen mit 16 vH. Dies ist besonders nachteilig, da eine Berufsausbildung im dualen System nicht nur eine gute Voraussetzung für eine Beschäftigung in der Bundesrepublik ist, sondern die Rückkehr in das Herkunftsland —

⁶ Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1989. In: Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft, Nr. 24, S. 123, Bonn 1989.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Schulen, a.a.O., S. 42.

⁸ Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1989, a.a.O., S. 116 ff.

Tabelle 4

**Deutsche und ausländische Auszubildende 1987
nach Ausbildungsbereichen
in 1000 Personen und in vH**

Ausbildungsbereich	in 1000 Personen		in vH
	Deut- sche	Aus- länder	Ausländer- anteil
Industrie und Handel	840,5	25,4	2,9
Handwerk	583,2	34,5	5,6
Landwirtschaft	44,5	0,1	0,2
Öffentlicher Dienst	71,1	0,6	0,8
Freie Berufe	122,4	2,7	2,2
Hauswirtschaft	12,6	0,2	1,6
Seeschifffahrt	0,8	—	—
Insgesamt	1 675,1	63,5	3,7

Quellen: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1988/89 und eigene Berechnungen.

trotz aller auch dort bestehenden Integrationsprobleme — erleichtert.

Über die Hälfte der ausländischen Auszubildenden wurde 1987 im Handwerk und zwei Fünftel wurden in Industrie und Handel ausgebildet. Auf die übrigen Ausbildungsbereiche, darunter die Landwirtschaft, die freien Berufe und der öffentliche Dienst, entfiel nur ein Anteil von 6 vH. Das Handwerk hat in den letzten Jahren besonders viele zusätzliche Ausbildungsplätze für ausländische Jugendliche bereitgestellt. Damit waren 1987 im Handwerk 5,6 vH aller Auszubildenden ausländische Jugendliche, in Industrie und Handel 2,9 vH. Es folgen die freien Berufe, die Hauswirtschaft und — mit lediglich 0,8 vH — der öffentliche Dienst (Tabelle 4).

Die Unterteilung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, daß von den ausländischen Auszubildenden 35 vH im verarbeitenden Gewerbe, 30 vH in den sonstigen Dienstleistungen, 11 vH im Handel und 8 vH im Baugewerbe ausgebildet wurden. Nur 15 vH entfielen auf die übrigen sechs Wirtschaftsbereiche (Tabelle 5)⁹.

Im verarbeitenden Gewerbe unterschied sich die Struktur bei ausländischen und deutschen Lehrlingen wenig. Der Ausländeranteil deckte sich mit dem Gesamtdurchschnitt (3,4 vH). Davon hob sich nach oben die Quote im Straßenfahrzeugbau (5,3 vH) aufgrund des von Ausländern häufig erlernten Berufs des Kraftfahrzeugmechanikers ab.

Überdurchschnittliche Ausländeranteile waren in den Bereichen Energie und Bergbau, Organisationen ohne Erwerbszweck, Baugewerbe und sonstige Dienstleistungen festzustellen. Bei den sonstigen Dienstleistungen konzentrierten sich ausländische Lehrlinge im Wirt-

Tabelle 5

**Deutsche und ausländische Auszubildende
nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in 1000 Personen und in vH**

	in 1000 Personen		in vH
	Deut- sche	Aus- länder	Ausländer- anteil
Land- und Forstwirtschaft	37,9	0,3	0,8
Energie, Bergbau	27,7	1,9	6,4
Verarbeitendes Gewerbe	599,8	21,3	3,4
davon			
Chemie und Kunststoff	45,0	1,5	3,2
Maschinenbau	79,3	2,7	3,3
Straßenfahrzeugbau	97,4	5,4	5,3
Elektrotechnik, EDV	59,8	1,9	3,1
Nahrungs- und Genußmittel	92,3	1,5	1,6
Übrige	226,0	8,3	3,5
Baugewerbe	126,1	4,9	3,7
Handel	243,8	6,9	2,8
Verkehr und Nachrichten	61,8	1,7	2,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	70,5	0,5	0,7
Sonstige Dienstleistungen	420,1	18,0	4,1
davon			
Gaststätten und Beherbergung	58,4	1,9	3,2
Reinigung, Körperpflege	58,8	6,1	9,4
Gesundheits-, Veterinärwesen	148,9	4,4	2,9
Übrige	154,0	5,6	3,5
Organisationen o. Erwerbsch.	36,4	2,2	5,7
Gebietskörperschaften	70,6	1,3	1,8
ohne Angaben	10,7	0,5	4,5
Insgesamt	1 705,3	60,3	3,4

¹⁾ Jahresmitte 1988.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 4, 1988 und eigene Berechnungen.

schaftszweig Reinigung und Körperpflege. Hier befanden sich 10 vH der ausländischen, aber nur 3 vH der deutschen Auszubildenden. Die Konzentration geht auf die

⁹ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 4, S. 550 f., Nürnberg 1988.

Tabelle 6

**Abschlüsse beruflicher Schulen 1987
von deutschen und ausländischen Schülern¹⁾
in 1000 Personen und in vH**

	in 1000 Personen		in vH
	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
Mit Abschluß			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr Berufsschulen	36,4 588,1	6,5 18,3	15,1 3,0
Berufsfachschulen	142,2	6,4	4,3
Kollegschaften ²⁾	21,0	0,9	4,1
Berufsober- und Fachoberschulen ³⁾	59,5	1,4	2,3
Fachschulen	37,8	0,5	1,3
Insgesamt	885,0	34,0	3,7
darunter berufliche Abschlüsse ⁴⁾	789,1	26,1	3,2
Ohne Abschluß⁵⁾			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr Berufsschulen	35,9 66,3	3,0 9,5	7,7 12,5
Berufsfachschulen	24,1	2,8	10,4
Kollegschaften ²⁾	1,6	0,5	23,8
Berufsober- und Fachoberschulen ³⁾	8,5	0,5	5,6
Fachschulen	1,5	0,1	6,2
Insgesamt	137,9	16,4	10,6
darunter berufliche Abschlüsse ⁴⁾	93,5	12,9	12,1
Alle Schulentlassenen			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr Berufsschulen	72,3 654,4	9,5 27,8	11,6 4,1
Berufsfachschulen	166,3	9,2	5,2
Kollegschaften ²⁾	22,6	1,4	5,8
Berufsober- und Fachoberschulen ³⁾	68,0	1,9	2,7
Fachschulen	39,3	0,6	1,5
Insgesamt	1 022,9	50,4	4,7
darunter berufliche Abschlüsse ⁴⁾	882,6	39,0	4,2

¹⁾ Ohne Schulen des Gesundheitswesens. — ²⁾ Einschließlich Fach- und Berufsakademien. — ³⁾ Einschließlich Fachgymnasien, technische Oberschulen und Berufsaufbauschulen. — ⁴⁾ Abschlüsse beruflicher Schularten, an denen allein oder in Kooperation mit den Betrieben ein beruflicher Abschluß erreicht werden kann. — ⁵⁾ Einschließlich ohne Angabe der Zeugnisart.

Quellen: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

ausländischen Frauen zurück, von denen ein Viertel Berufe in diesem Wirtschaftszweig erlernte¹⁰.

Weit unter dem Durchschnitt lag der Anteil ausländischer Auszubildender bei den Gebietskörperschaften, in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

1987 wurden insgesamt 50 400 ausländische Schüler aus den beruflichen Schulen entlassen; davon fast ein Drittel ohne Abschlußzeugnis¹¹. Die Zahl ausländischer Schulentlassener stieg in dem Zeitraum, für den eine Abschlußstatistik vorhanden ist (seit 1984). Von den erfolgreichen Absolventen kamen mit 18 300 die meisten von den Berufsschulen. Jeweils rund 6 500 Schüler verließen die berufsvorbereitenden Schulen und die Berufsfachschulen. Rund 900 Abgänger bestanden die Prüfung an den Kollegschaften sowie an den Fach- und Berufsakademien und 500 an den Fachschulen. Die übrigen 1 400 Schüler erwarben berufsorientierte schulische Abschlüsse (Tabelle 6).

Zwischen ausländischen und deutschen Schulentlassenen bestand auch zuletzt noch ein großer Unterschied bei den erzielten Abschlüssen. Insgesamt absolvierten mit 68 zu 87 vH weit weniger der Ausländer als der Deutschen eine Ausbildung mit Erfolg. Der Ausländeranteil lag bei knapp 4 vH. Bei den beruflichen Abschlüssen, hauptsächlich Schüler der Berufs- und Berufsfachschulen, war der Unterschied noch gravierender. Deshalb lag der Ausländeranteil nur bei 3 vH. Davon hob sich mit 15 vH der Anteil bei den Abschlüssen des Berufsvorbereitungs- und des Berufsgrundbildungsjahrs deutlich ab.

Fazit

Ende 1987 besuchten in der Bundesrepublik 835 000 ausländische Schüler allgemeinbildende und berufliche Schulen. Infolge der demographischen Entwicklung und des sich ändernden Bildungsverhaltens wird die Zahl der ausländischen Schüler hoch bleiben. In zunehmendem Maße besuchen ausländische Kinder und Jugendliche weiterführende Schulen; sie erzielen auch immer bessere Schulabschlüsse. Gleichwohl besteht noch ein erheblicher Rückstand im Vergleich zu den gleichaltrigen Deutschen. So blieb bei den allgemeinbildenden Schulen für die Schüler mit anderer Staatsangehörigkeit im Gegen-

¹⁰ Der Beruf Friseur/Friseurin war mit 8 620 Auszubildenden bei den ausländischen Jugendlichen mit einem Anteil von 14 vH der am stärksten besetzte Lehrberuf. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Ausbildung, a.a.O., S. 98.

¹¹ Der Abschluß an der Berufsschule ist nicht mit dem Lehrabschluß gleichzusetzen, der bei den Kammern abgelegt wird. Da die Statistik der Lehrabschlüsse nicht nach Deutschen und Ausländern differenziert, werden ersatzweise die Abschlüsse an den beruflichen Schulen herangezogen. Die Absolventen der Schulen des Gesundheitswesens konnten aus dem gleichen Grund nicht berücksichtigt werden.

satz zu den deutschen die Hauptschule die am meisten besuchte Schulart.

Anders ist die Situation an den beruflichen Schulen. Hier stieg die Bildungsbeteiligung weniger, und der Anteil der Abgänger ohne Abschlußzeugnis war deutlich höher als an den allgemeinbildenden Schulen. Relativ viele ausländische Schüler nahmen am Unterricht in berufsvorbereitenden Einrichtungen teil; weniger besuchten Schulen, die allein oder in Kooperation mit Betrieben zu Berufsabschlüssen führen.

Eine Ursache des geringeren Erfolgs ausländischer Schüler an beruflichen Schulen war die unzureichende Vorbildung. Hinzu kommt, daß in der Vergangenheit mehr Lehrstellen für ausländische Bewerber fehlten als für deutsche. Bei der gegenwärtigen Entspannung auf dem Markt für Ausbildungsstellen wird indes der Zugang für

ausländische Bewerber erleichtert. Dennoch sollten Defizite in der Vorbildung ausländischer Nachfrager durch ausbildungsbegleitenden Stütz- und Förderunterricht behoben werden. Wie im Berufsbildungsbericht 1989 dokumentierte Modellversuche zeigen, erreichen sie dann gute Abschlüsse.

Obwohl sich die Situation ausländischer Schüler in der Schul- und Berufsbildung insgesamt verbesserte, gibt es geschlechtsspezifische, regionale und nationale Unterschiede. Auch deshalb erfordert eine Integration der jungen Ausländer in das Bildungssystem weiterhin eine Förderung, die bereits in den Grundschulen ansetzt. Dazu zählen zusätzlicher Sprachunterricht, kleine Klassen oder Lerngruppen und die Bereitschaft deutscher Eltern, ihre Kinder zusammen mit ausländischen unterrichten zu lassen.

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Sowjetische Wirtschaftsplanung für 1990: Inflationsbekämpfung ohne klare Konzeption. Bearbeitet von Ulrich Weißenburger. —

Schul- und Berufsbildung junger Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten